

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gelbte Zeile 100 Pfg., non auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-gelbte Zeile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2946 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3280.

Nr. 94

Donnerstag, den 22. April 1920

11. Jahrgang

## Danzigs Not vor der Nationalversammlung.

### Einheit in Grundfaktore.

Während man Preise für politische Aufklärungsfilms auslegt, bleibt doch Erfahrung der beste politische Lehrmeister. Wohin die Uneinigkeit der Arbeiterklasse führt, konnte niemand besser demonstrieren als der Kapp-Putsch, was die Arbeiter durch Einigkeit zu leisten imstande sind, zeigte niemand besser als der Generalstreik. Was aber daraus wird, wenn man den Boden einer realen Arbeiterpolitik verläßt und wieder in Uneinigkeit zurück verfällt, das hat in grauenhafter Weise das Ruhrrevier bewiesen. Fassen wir diese dreifache Erfahrung zusammen, so ergibt sich daraus die Lehre: Einigkeit um jeden Preis, nur nicht um den Preis unserer sozialdemokratischen Grundfaktore!

Was uns von den Unabhängigen trennt, ist nicht der Umstand, daß sie eine ausgesprochene Oppositionspartei sind, während wir uns in Deutschland immer noch plagen, um mit der Koalition den verfahrenen Karren aus dem Dreck zu ziehen. Das sind taktische Konstellationen, die sich mit jedem Tage ändern können. Gäbe es nur zwei Flügel der Sozialdemokratie, einen oppositionellen und einen governmentalen, so könnten beide in steter Fühlung miteinander bleiben und sich eines Tages schnell wieder zusammenfinden. Leider steht aber die Sache nicht so, denn die Unabhängigen haben nicht nur eine andere Taktik als wir, sondern sie haben den festen Boden des sozialdemokratischen Programms verlassen und sich in den

### Sumpf der neuesten kommunikalistischen Heilslehre

begeben. Und was daher kommt, hat man im Ruhrrevier erlebt! Jetzt wieder wie nordem zu Spartakuszeiten in Berlin, München, Bremen, Braunschweig usw., auf deutsch gesagt eine maßlose Schweinerei, aus der dann der Militarismus mit den billigen Vorbeeren eines Vaterlandspeters hervorgeht.

Die Unabhängigen haben nun niemals samt und sonders den Überglauben von der Rätediktatur geteilt. Keiner hat ihn wirkungsvoller bekämpft als Karl Kautsky, der äußerlich noch immer der unabhängigen Partei angehört, obwohl die „Kisten“ seiner Partei von ihm lagen, er sei „genau so schlamm wie Bauer und Noske.“ Das Gros der Partei ist aber aus ängstlicher Rücksichtnahme auf angebliche Massenstimungen dem Rätedschwindel meilenweit nachgelaufen, die kramphafte Sucht, sich auf alle Fälle und in jeder Beziehung von der alten Partei zu unterscheiden, hat in Leipzig zur Aufstellung eines Programms geführt, über das jeder vernünftige Mensch die Hände über dem Kopf zusammenschlägt und das von politisch gebildeten Unabhängigen auch ernst genommen wird.

### Die innere Unklarheit und Zerrissenheit

Die unabhängigen Partei führte während der Kapp-Revolution die erstaunlichsten Erscheinungen. Auf der einen Seite bemühte man sich nach der Niederwerfung des Militärputsches rechtlich die Ruhe wiederherzustellen, deren man so nötig bedurfte, um die Verfassung der Reichsverweigerer und die Säuberung der Reichswehr einzuleiten, auf der anderen Seite vermehrte man ganz konfusweise die Unruhe und spielte damit unbehindert nur das Spiel der Kappisten. An dem einen Tag sah man in Berlin mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand in gemeinsamer Beratung, am zweiten Tag erluchte man die in Berlin weilende Internationale Kommission um Herbeiführung einer neuen Berührung zwischen bevollmächtigten Vertretern beider Parteien, am dritten Tag erklärte man der Internationalen Kommission paßlich, man wolle sich grundsätzlich mit den „Rechtssozialisten“ nicht an den Tisch setzen, und am vierten Tag erklärte man sich bereit, mit diesen „Rechtssozialisten“ sogar eine gemeinsame Regierung zu bilden und noch einige Christliche und Hirsch-Dunderfische dazu zu nehmen. Heißlose Zerfahrenheit an allen Ecken und Enden! Wir Sozialdemokraten können diesem Gährungsprozeß zusehen und abwarten, ob er einen Heilungsprozeß bedeutet. Bedeutet er einen solchen, dann wird sich die weitere Entwicklung in der Richtung zur Einigung bemeßen. Wir müssen aber aufs Strengste darauf achten, daß sie sich auf keinen Fall um den

### Preis unserer Grundfaktore

vollzieht. Wer die Schilderungen mit angehört hat, die die sozialdemokratischen Deputationen aus dem Ruhrrevier von den dortigen Zuständen unter der Herrschaft der sogenannten „Rätediktatur“ gegeben haben, der muß es als die heftigste Pflicht der Partei gegenüber der Arbeiterklasse betrachten, auf dem Wege, der in diesem Abgrund führt, auch nicht den allerkleinsten Schritt zu tun. We, die Preise auf Exempel erlebt hat, der ist nun diesem Wahn für alle Tage seines Lebens geheilt.

Darum nochmals: Einigkeit, ja, mit größter Freude, wenn es sich nur um die Überwindung taktischer Meinungsverschiedenheiten handelt. Einigkeit aber auf Kosten unseres

Programms auf keinen Fall! Keine Einigung durch Gesinnungschlamperei, sondern nur Einigung in sozialdemokratischer Grundfaktore!

### Danzigs Eisenbahnplage vor der Nationalversammlung.

Der gestrigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung lag folgende deutsch-nationale Anfrage vor:

„Nachdem die Polen seit Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages den Verkehr von Ostpreußen nach dem Reich durch eine Reihe von Maßnahmen unerträglich erschwert haben, beabsichtigen sie jetzt aus Anlaß einer Notenabstempelung den deutschen Durchgangsverkehr mit Ostpreußen fast ganz lahm zu legen und ihn auf die ganz unzulängliche eisenbahnligne über Czerst-Marienwerder zu verweisen. Was hat die Reichsregierung bisher getan und was gedenkt sie zu tun, um die Polen zur Verhinderung der klaren Verkehrsbestimmungen des Versailler Friedensvertrages zu veranlassen und die Provinz Ostpreußen vor der drohenden Abschneidung vom Reich zu bewahren?“

In seiner Erklärung hierzu nahm der Minister des Reiches, Genosse Dr. Koenig, Gelegenheit, Polens Mißachtung der Pflichten aus dem Versailler „Vertrage“ gründlich zu erörtern und dabei auch Danzigs Nöten mit aller Sympathie zu bedenken. Der Minister führte aus:

Die Sperrmaßnahmen der polnischen Regierung beweisen, wie recht wir hatten, als wir uns mit aller Macht gegen die Einrichtung des Korridors wehrten und dieses Gebilde eine rein künstliche Konstruktion nannten, die den gesunden Volks- und nationalen und wirtschaftlichen Grundfäden für einen Wiederaufbau Europas direkt ins Gesicht schlägt. Wir müssen mit der polnischen Regierung unverzüglich zu dem endgültigen Abkommen gelangen, auf das wir nach Artikel 98 des Friedensvertrages Anspruch haben. Sonst gehen wir völlig hoffnungslos zugrunde. Wer bürt uns dafür, daß die Polen bis zum 27. April mit der Notenabstempelung fertig werden? Vielleicht muß die Frist noch einmal verlängert werden und vielleicht verhängen die Polen nach einigen Monaten eine neue Sperre.

Nach dem jetzt vor Abschluß des endgültigen Abkommens geltenden Artikel 98 sind die Polen verpflichtet, uns Durchgangsverkehr zu gewähren. Die Gewährung der übrigen Freiheiten soll erst das Abkommen nach Artikel 98 bringen. Es ist nicht unsere Schuld, daß das endgültige Abkommen noch nicht zustande gekommen ist. Sein Abschluß liegt uns sehr am Herzen, aber die Polen haben den Abschluß durch faktische Maßnahmen absichtlich hinausgeschoben. Um möglichst bald zu einem Abkommen zu gelangen, wurden Verhandlungen mit der polnischen Regierung eingeleitet. Von Anfang an zeigte sich, daß die Polen den deutschen Forderungen völlig unerbittlich entgegenkamen.

Schon damals erklärten sie, daß für den Durchgangsverkehr nicht die leistungsfähige Bahnstrecke Königsberg-Dirschau, sondern die unzureichende eingleisige Strecke Czerst-Marienwerder in Frage kommen könne. Immerhin konnte mit gewissen befriedigenden Teilergebnissen gerechnet werden, als der Putsch vom 13. März dazwischen kam. Polen ließ die Verhandlungen mit der Begründung ab, daß die polnische Regierung die Forderungen nicht mehr ausreichen. (Hört, hört!) Wir haben zu neuen Verhandlungen zu kommen, müssen wir. Deshalb beschloß die Regierung, die Verhandlungen über die Frage vom Gegenstand von Verhandlungen in Paris zu machen, die am 12. April ausichtslos begannen, da auch der Oberste Rat der Alliierten selber diese Verhandlungen gewünscht hat. Heute haben wir die Nachricht erhalten, daß mit den polnischen Vertretern ein vorläufiges Einverständnis erzielt ist und daß der Abschluß des endgültigen Abkommens in Aussicht steht. (Hört, hört!) Dazu mag mit beigetragen haben die Tatsache, daß der erste Vorsitzende der internationalen Kommission in Marienwerder gleichfalls gegen die Sperrmaßnahme Einspruch erhoben hat.

Die Reichsregierung ist durch die Sperrmaßnahme völlig überrascht worden. Durch zeitweilige vertrauliche Besprechungen hätte erreicht werden können, den Eisenbahnverkehr aufrecht zu erhalten, ohne das Geheimnis der Notenabstempelung zu brechen. Aber die Polen haben keine Fühlungnahme verschaut. Während der Sperre vom 16. bis 27. April steht wiederum nur die Linie Czerst-Marienwerder zur Verfügung, aber nur am Tage und nicht für Durchgangsverkehr. (Hört, hört!) Eine derartige plötzliche Sperre des gesamten Verkehrs nach Ostpreußen ohne vorherige Ankündigung ist mit dem Sinn des Artikels 98 nicht vereinbar. Die Reichsregierung hat daher bei der polnischen Gesandtschaft in Berlin sofort Einspruch erhoben, insbesondere wegen der Behinderung der deutschen Beamten, das Land während der Sperre verlassen zu können.

Wir haben die polnische Regierung weiter gebeten, doch wenigstens den 500 polnischen Wesselschlechtern die Ausreiseverlaubnis nach Breslau zu geben. Weiter haben wir wegen dieses Verstoß der Polen beim Obersten Rat in Paris Protest eingelegt.

Heute begibt sich eine Abordnung des Auswärtigen Amtes, des Reichsjustizministeriums und des preussischen Ministeriums des Innern nach Polen, um über die Frage der Abreisemöglichkeiten der durch die Sperre in Polen zurückgehaltenen deutschen Beamten zu verhandeln. Es besteht die Aussicht, daß die Bahnschwierigkeiten für die Durchreise nach Ostpreußen gemildert werden. Das polnische Generalkonsulat in Berlin soll in Zukunft Visa für drei Monate ausstellen, die für die Hin- und Rückreise zwischen Berlin und Ostpreußen gelten.

Man hat Zwangsmaßnahmen gegen die Polen vorgeschlagen. Sie können nur auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Was hier in unserer Macht steht, haben wir aber schon einsehen müssen, weil die Polen ihren wirtschaftlichen Verpflichtungen so gut wie gar nicht nachgekommen sind. (Hört, hört!) Polen ist mit den Kartoffellieferungen gewaltig im Rückstande, Milch hat es überhaupt noch nicht geliefert, ebensowenig Getreide und Melassefutter. An Mineralöl hat Polen kaum den siebenten Teil geliefert. (Hört, hört!) Selbstverständlich haben wir nun auch die deutschen Lieferungen unterbrochen. Zwangsmaßnahmen stehen uns also nicht mehr zur Verfügung. Wir können nur durch den Ausbau der Verbindung über See mit Ostpreußen die Abschneidung ausgleichen und geben den Polen im übrigen zu bedenken, daß Polen und Deutschland aufeinander angewiesen sind, ja, daß Polen Deutschland vielleicht viel nötiger hat, als Deutschland Polen. (Sehr richtig!) Niemand weiß, wie sich die politische Zukunft im Osten gestalten wird. Auch das mögen die Polen bedenken. Zahllose Deutsche wohnen im nennmehrierten Polen, und auch aus diesem Grunde hat Polen ein Interesse daran, sich mit Deutschland gut zu stellen. Die Reichsregierung wird alles tun, um die Verbindung mit Ostpreußen technisch und wirtschaftlich auszugestalten, und wird Ostpreußen das Maß von Selbstständigkeit geben, auf das es Anspruch hat, und wird schließlich nichts unterlassen, um auch geistig und moralisch mit den abgeschnittenen Landesleuten in Ostpreußen eine möglichst enge Verbindung herzustellen. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte wurde allseitig ein entschiedeneres Auftreten gegen Polen gefordert. Der deutsch-nationale Abgeordnete Schulz-Bromberg wollte von der Regierung wissen, ob etwa gewisse Zusatzprotokolle zum Versailler Vertrage den Polen wenigstens einen Schwin von Recht zu ihrem Vorhaben gäben. In einer Erwiderung sandte Genosse Dr. Koenig einen warmklingenden

### Gruß Deutschlands an Danzig!

Der Minister erklärte: Zusatzprotokolle vom 9. Januar gibt es zwei. Das erste betrifft lediglich die Eisenbahn und die Post, das zweite betrifft die Vereinbarungen über die Pensionierung der Beamten. Diese Zusatzprotokolle geben der polnischen Regierung nicht die geringste Handhabe zu über den Friedensvertrag hinausgehenden Forderungen.

Wie werden niemals aufhören, Danzig und die Danziger in höherem Sinne als einen Teil unseres Volkes und als Glieder unseres Staates zu betrachten. (Beifall.) Wie werden Danzig wirtschaftlich nach Kräften fördern, aber wir werden auch darüber wachen müssen, daß nicht unter dem Deckmantel nationaler Sentiments wirtschaftliche Aktionen vorgenommen werden, die man nur als Schiebung bezeichnen kann.

Diesen Gruß aus dem deutschen Vaterlande erwidern wir aus vollem Herzen! Deutschland gedenkt Danzigs und bleibt seine einzige Hilfe. Daran haben wir niemals auch nur einen Augenblick gezweifelt.

Wenn es zu neuen ausichtsreichen Verhandlungen mit Polen wegen des Eisenbahnverkehrs kommen sollte, so dürfte das auch auf die Bewirkung unseres Oberkommissars, Sir Reginald Lowe, zurückzuführen sein. Seitdem er in den wirklichen Stand der Dinge und seinem tatsächlichen Befehl ist die gestern von uns berichtete Befassung der Eisenbahn und Post des Freistaats in dessen Besitz gelangt. Das ist eine Tat, die die Danziger ihm hoch anrechnen. Wir hoffen, daß es seiner Einwirkung auch glücken wird, den polnischen Uebergriff der Eisenbahnsperre recht bald zu beheben.

### Deutschlands Forderungen an die Entente-Konferenz.

Der „Berl. Lokalanz.“ erhält über Bern die Meldung aus San Remo, daß die deutsche Regierung der Friedenskonferenz drei Noten überreicht habe, und zwar ihre Antwort wegen der Einwohnerwehren, ferner die Bitte, für im neutralen Gebiet zugelassene Truppen nach der Kopfzahl und nicht nach der Zahl der tatsächlichen Körper zu bestimmen und mehr Artillerie zuzulassen, endlich den Antrag, die Reichswehr auf 200 000 Mann bringen zu dürfen, da sonst die Ordnung nicht aufrechtzuerhalten sei.

# Deutschland.

## Ruhr-Unabhängige und Reichswehr.

Zu Nr. 107 der unabhängigen Westfäl. „Freiheit“ haben wir folgende Mitteilung abgedruckt.

Die Westfäl. „Freiheit“ hat eine Mitteilung abgedruckt, die die Ruhr-Unabhängigen in die Ruhrgebietsarmee einleitet. In dieser Mitteilung heißt es: „Wir fordern die Ruhr-Unabhängigen auf, sich der Truppen einzusetzen.“

Die Ruhr-Unabhängigen haben die Mitteilung abgedruckt. Nach unserer gründlichen Untersuchung der Lage ist folgendes nachdrücklich Vorgehen der Reichswehr das einzige Mittel, um Duisburg und Marburg vor äußerster Not und Elend zu schützen. Wird unsere heiligsten Pflichten nicht erfüllt, so werden wir die Ruhr-Unabhängigen in die Ruhrgebietsarmee einleiten.

Die Ruhr-Unabhängigen haben die Mitteilung abgedruckt. Die Ruhr-Unabhängigen haben die Mitteilung abgedruckt.

Die Ruhr-Unabhängigen haben die Mitteilung abgedruckt. Die Ruhr-Unabhängigen haben die Mitteilung abgedruckt.

Die Ruhr-Unabhängigen haben die Mitteilung abgedruckt. Die Ruhr-Unabhängigen haben die Mitteilung abgedruckt.

Die Ruhr-Unabhängigen haben die Mitteilung abgedruckt. Die Ruhr-Unabhängigen haben die Mitteilung abgedruckt.

Die Ruhr-Unabhängigen haben die Mitteilung abgedruckt. Die Ruhr-Unabhängigen haben die Mitteilung abgedruckt.

noch betroffenen Arbeiter verloren und ist von diesen bedroht worden! Darum habe der Zentralrat Essen verlassen. Die Bedrohung durch schon am 3. April erfolgt sein, da Herr Dr. Stern sich am Sonntag vormittag bereits in Elberfeld befand. Erst drei Tage später kam die Ruhr-Wehr nach Essen. Mühsam steht fest, daß Herr Stern keine zweite Person vor der Gewalt der von ihm auch nach dem Vorkriegselberfelder Abkommen zum Weiterarbeiten angeworbenen Arbeiterkorporation in Sicherheit gebracht hat. So hat er jetzt nicht durch Worte, aber durch seine Taten aus Essen bestätigt, daß dort die Sicherheitsverhältnisse lebensgefährlich geworden waren. Gerade Herr Dr. Stern hätte in dieser hochkritischen Zeit in Essen bleiben müssen, wenn sein Mannesmut so groß war, wie sein Mäandert. ...

Hochachtungsvoll und mit auch der unabhängigen Danziger „Freiheit“ ...

## Eine Demonstration der Kriegsblinden.

Die Berliner Kriegsblinden vereinigen sich gestern im Hofe des Arbeitsministeriums, um gegen das Militärverwaltungsamt Stellung zu nehmen. Sie behaupten in ihrer Demonstration, in der neuen Vorlage nicht genügend berücksichtigt worden zu sein und vornehmlich bei der der Kriegsblinden schlecht abgestimmten zu haben. Hierauf haben sich am Tag von ungefähr 100 Kriegsblinden mit ihren Frauen, Angehörigen und Pflegerinnen, der am Freitag tag. Hier entstand eine Abordnung zur Reichstagsparlamentarier, die die Beschwerden der Kriegsblinden vorbrachte. Es wurde ihnen wohlwollende Ermahnung ausgesprochen. Darauf verzeigte sich der Aus der einen mitbedauernden Geduld machte in seiner Ordnung.

## Käuflichkeit des jüdischen Ministerpräsidenten.

Der jüdische Ministerpräsident Dr. Brüning wird wegen Verräterschaft, da er sich gesundheitlich schwach fühlt ...

# Ausland.

## Staatskanzler Renner über Oesterreichs Außenpolitik.

In Fortsetzung der Budgetrede sagte Staatskanzler Dr. Renner: Da uns verlagert wurde, in welchem Mutterland aufzugeben, bleibt uns nur der Ausweg, an den Völkerbund zu appellieren. Die Nationalversammlung wird, sobald der Frieden zustande ist, den Eintritt in den Völkerbund beschließen. Zurzeit steht uns nichts anderes als die vollständige Anteilnahme an den Geschäften des deutschen Reiches. Unsere auswärtige Politik kann keine andere sein als die des Reiches. ...

Dank aus für die Beihilfe und den internationalen Wohlstand sowie für die Liebeswerke und erkläre, wenn diese Beihilfe nicht bliebe, werde die Nationalversammlung ihre Hauptaufgabe, die Aufrichtung der Republik als freien Bundesstaat, lösen können.

## Danziger Volkstags-Wahlkampf 16. Mai 1920.

### Wahlfreiheit den Wählerinnen!

... die Wählerinnen auch in Danzig die Mehrheit der Stimmen ...

... die Wählerinnen auch in Danzig die Mehrheit der Stimmen ...

... die Wählerinnen auch in Danzig die Mehrheit der Stimmen ...

## Zwischen Himmel und Erde.

... die Wählerinnen auch in Danzig die Mehrheit der Stimmen ...

... die Wählerinnen auch in Danzig die Mehrheit der Stimmen ...

... die Wählerinnen auch in Danzig die Mehrheit der Stimmen ...



